

Presseinformation - 06.09.2022

## Kfz-Gewerbe Bayern: Politische Festlegung auf Elektromobilität und Energiekrise passen nicht zusammen

**Präsident Vetterl: „Nur mit einem ideologiefreien Antriebsmix kann Mobilitätswende weiter vorangetrieben werden“ – Entlastungspaket lässt Mittelstand außen vor**

**München.** Die starke politische Festlegung auf Elektromobilität ist vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Energiekrise für das bayerische Kraftfahrzeuggewerbe mit seinen sieben Innungen nicht nachvollziehbar: „Die Elektromobilität spielt zwar eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Mobilitätswende. Aber sie ist kein Allheilmittel, von dem man sich komplett abhängig machen darf“, sagte Albert Vetterl, Präsident und Landesinnungsmeister des Kraftfahrzeuggewerbes Bayern. Das mache die aktuelle Energiekostenkrise erneut deutlich. „Auf der einen Seite warnt die Politik davor, dass im Winter nicht überall Heizlüfter in Privathaushalten laufen dürfen, weil der Strom dafür knapp und das Netz nicht stabil ist. Andererseits setzen Berlin und Brüssel voll auf die Elektromobilität und beschließen sogar ein Verbrennerverbot. Das passt einfach nicht zusammen“, sagte Vetterl.

Es müsse darum gehen, alle verfügbaren Antriebsformen sinnvoll zu nutzen. Dazu zählten neben modernen Benzin- und Dieselfahrzeugen auch der Einsatz von eFuels und Wasserstoff. So ließen sich verbraucher- und klimafreundlich die aktuellen Herausforderungen meistern. „Nur mit einem ideologiefreien Antriebsmix kann die Mobilitätswende weiter vorangetrieben werden. Und dazu gehört auch, die hochmodernen Verbrenner nicht zu verteufeln, sondern mithilfe von klimafreundlichen eFuels als wichtiges Standbein der individuellen Mobilität zu stärken“, sagte Vetterl. Die Lieferzeiten für E-Autos seien weiterhin sehr lang, der Ausbau der E-Infrastruktur laufe schleppend und die Strompreise gingen weiter nach oben. „Wir brauchen verlässliche Lösungen, wie die Menschen überall in Bayern und Deutschland mobil bleiben können, gerade auch außerhalb der Ballungsräume.“

Dazu zähle auch, die weiterhin andauernde Diskussion um mögliche Nachfolger von Tankrabatt und 9-Euro-Ticket rasch zu beenden. „Die Bundesregierung hat beim neuen Entlastungspaket den Mittelstand außen vor gelassen, den Tankrabatt ausgeklammert und auch beim Nachfolger des 9-Euro-Tickets bleiben viele Fragen offen. Das hilft dem von kleinen und mittleren Betrieben geprägten Kfz-Gewerbe nicht weiter: Wenn nicht klar ist, wie die Rahmenbedingungen für die individuelle Mobilität in den kommenden Monaten genau aussehen, dann führt das bei Verbrauchern zu noch mehr Verunsicherung und Investitionsentscheidungen werden vertagt. Und das spüren unsere rund 7.000 oftmals noch familiengeführten Kfz-Innungsbetriebe in Bayern in den Auftragsbüchern – sowohl im Handel, als auch im Service“, sagte Vetterl. In Kombination mit den hohen Energiekosten sowie der Inflation, die den Mittelstand mit voller Wucht treffen, stünden die Kfz-Innungsbetriebe daher aktuell vor großen Herausforderungen.